



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

Tarifkommission und Aktionskonferenz Baden-Württemberg
„Handeln in der Krise“

04. November 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ihr kennt mich seit vielen Jahren. Ihr wisst, Alarmismus und das Schüren von Panik ist nicht meine Sache.

Weil es entweder desorientiert, oder weil es Angst macht, die lähmt.

Aber diesmal kann die Warnsirene nicht laut genug sein.

Denn es brennt wirklich. Es brennt lichterloh.

Kernbereiche der Metall- und Elektroindustrie, Teile von Wertschöpfungsketten der Industrie in Baden-Württemberg und in Deutschland sind akut bedroht. Eine Situation, die es so in der Geschichte der Bundesrepublik noch niemals gab.

Es geht jeden Tag um den Erhalt von Betrieben, um die Sicherung von Arbeitsplätzen, um die Existenz der Beschäftigten, ihrer Familien, ja es geht um die Zukunft ganzer Regionen hier in Baden-Württemberg und anderswo.

„Keine Entlassungen“, das muss unsere zentrale Forderung in diesem und im kommenden Jahr bleiben. Da darf es überhaupt keine Abstriche geben. Für den Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen müssen wir kämpfen. Dafür müssen wir Arbeitgebern und Politik Beine machen. Und dafür werden wir ihnen Beine machen.

Auch das muss eine Botschaft dieser Konferenz sein: Allen Politikern und Medienleuten, die glauben, die IG Metall werde nach dem Bundestags-Wahlergebnis einen Kuschelkurs fahren. Alle, die davon träumen, die IG Metall sei auf Verzicht getrimmt, können wir nur eine klare Absage erteilen.

Das sind Traumtänzer.

Die IG Metall ist nicht der Kuschelkater auf dem Schoß der Kanzlerin.

Wer so was glaubt, der spinnt.

Nicht einmal Gesamtmetall glaubt das.

Die IG Metall bleibt die IG Metall: Selbstbewusst, stark und solidarisch.

So werden wir um Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen kämpfen. So werden wir sozialen Rückschritt bekämpfen und so werden wir uns mit unseren solidarischen Alternativen in die Politik einmischen und Gehör verschaffen.

Natürlich sind wir zur Kooperation mit der neuen Regierung bereit. Das ergibt sich allein schon aus unserem Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft. Das ergibt sich aber auch daraus, dass es ohne die Unterstützung der Politik nicht gelingen kann, in der schwersten Weltwirtschaftskrise seit 60 Jahren Betriebe und Arbeitsplätze zu retten.

Wir sind aber auch zum Konflikt bereit, wenn die Politik, sei es in Berlin oder Stuttgart, nicht dem Wohle der Allgemeinheit dient.

Wenn mit Klientelpolitik alleine die Interessen von Privilegierten und Vermögenden bedient werden. Wenn die Krise allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden soll. - Dann gibt es Krach.

Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Kolleginnen und Kollegen,

auch wenn ich hier Eulen nach Athen trage: Ich möchte kurz die wirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen schildern, mit denen wir uns aktuell und in den kommenden Monaten auseinandersetzen müssen.

Wir sind immer noch mitten in der schwersten Krise der Nachkriegszeit. Die Bundesregierung erwartet für 2009 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5 Prozent. Bei Metall und Elektro liegt dieser Rückgang noch weit höher.

Zwar mehren sich die Zeichen, dass sich die Lage langsam bessert. Der Absturz scheint gestoppt. Aber damit ist die Krise noch längst nicht überwunden. Von einem Aufschwung kann keine Rede sein.

Die Produktion in der Metall und Elektroindustrie liegt immer noch ein Viertel unter dem Stand des Vorjahres. Nach unseren Berechnungen werden wir frühestens 2012 bis 2013 wieder auf dem Produktionsniveau von 2007 ankommen.

Für 2010 sagen die Forschungsinstitute voraus, dass die Produktion um 1,2 Prozent steigen wird.

Gleichzeitig bleiben aber erhebliche Risiken. Die Wachstumsprognose wird von einem Anstieg des Exports von 6,1 Prozent getragen. Der Nachfrageschub soll vor allem aus Europa und Asien kommen.

Ob das realistisch ist, sei dahingestellt.

Klar ist: Wachstum in Asien allein wird nicht ausreichen, um die Konjunktur in Deutschland zu stabilisieren.

Auch aus dem Inland können wir keine Entlastung erwarten. Der private Verbrauch soll weiter schrumpfen. Vor allem wegen steigender Arbeitslosigkeit. Die Institute erwarten mehr als vier Millionen Arbeitslose für 2010. Sie begründen dies mit einem weitgehenden Ausstieg aus der Kurzarbeit und einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität von 2,4 Prozent.

Das wären mehr als 600.000 Menschen, die 2010 ihren Arbeitsplatz verlieren sollen.

Aber das ist nicht schicksalhaft. Dem müssen wir uns nicht ergeben.

Entlassungen verhindern, Kolleginnen und Kollegen, ist unsere größte Herausforderung auch für das nächste Jahr!

„Keine Entlassungen in der Krise“, das ist und bleibt unsere Losung.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Beschäftigten die Rechnung bezahlen für Renditewahn in den Betrieben und Kasinokapitalismus auf den Finanzmärkten. Wir verlangen, dass diejenigen, die diese Weltwirtschaftskrise verursacht haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir werden uns dafür stark machen, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz behalten. Und wir werden uns dafür stark machen, dass die jungen Menschen eine Perspektive bekommen.

Dabei können wir erfolgreich sein. Das haben wir gezeigt.

Die Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate sichert aktuell die Beschäftigung in den Betrieben.

Dass wir dieses Instrument heute nutzen können, das ist auch unser Erfolg.

Ohne das Engagement der Kolleginnen und Kollegen der IG Metall hätten wir das nicht erreichen können.

Das sollte uns motivieren.

„Kurzarbeit“ könnte auch 2010 Entlassungen verhindern. Hierfür werden wir uns bei der Politik und in den Betrieben stark machen.

Hierzu bedarf es eigener Anstrengung und einer Menge Überzeugungsarbeit.

Wir brauchen die Arbeitgeber und die Politik im Boot. Daran müssen wir arbeiten.

Vor allem müssen Politik und Arbeitgeber mitrudern. Unnötigen Ballast können wir nicht brauchen.

Zur Not müssen wir nachhelfen, dass sie mitrudern. Nicht mit der Peitsche (wie sind ja nicht auf einer römischen Galeere) – aber schon mit Nachdruck.

Denn auch das ist die Botschaft unserer heutigen Konferenz: Wir werden nicht zulassen, dass Politik und Arbeitgeber abtauchen, wenn es um die Rettung der Existenz von Betrieben und Beschäftigten geht.

„Keine Entlassungen“ – da sind auch Regierung und Arbeitgeber in der Pflicht. Daraus werden wir sie nicht entlassen. Das verspreche ich ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

den Schutzschirm für Betriebe brauchen wir jetzt nötiger denn je. Es droht, dass die Zahl der Insolvenzen massiv ansteigt.

Firmen, die Betriebsmittel für neue Aufträge vorfinanzieren müssen, können dies bei fehlender Liquidität nicht. Die Krise hat gerade an den Liquiditätspolstern und der Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Wirtschaft gezehrt.

Dazu kommt das Euch bekannte Verhalten der Banken, die gutes Geld nicht dem vermeintlich schlechten hinterher werfen wollen.

Die alte Bundesregierung hat deshalb gehandelt. Auch hieran haben wir Anteil. Durch betriebliche Beispiele und im Konzert mit dem Arbeitgeberverband konnten wir überzeugen.

Der Wirtschaftsfonds Deutschland hilft mit 17,5 Milliarden Euro kleinen und mittleren Unternehmen aus der Kreditklemme. 10 Milliarden davon stellt die KfW zinsgünstig über die Banken zur Verfügung. Der Rest soll der Absicherung von Warenkrediten im Export dienen.

Das Programm ist eine notwendige Bedingung, um die Unternehmen in dieser Krise zu schützen. Die Frage ist, ob dies ausreicht.

Der KfW-Kredit mag den Unternehmen in einer akuten Liquiditätskrise helfen, um eine Insolvenz zu vermeiden.

Betriebe brauchen aber vor allem Substanz, um Investitionen in die Zukunft zu finanzieren. Und gerade hierfür fehlt ihnen in der Krise das Geld.

Die Banken finanzieren kaum das laufende Geschäft, geschweige denn Zukunftsinvestitionen und Innovationen.

Hinzu kommt: Rückläufige Umsätze führen zu operativen Verlusten, die die Eigenkapitalbasis der Unternehmen deutlich schwächen. Genug Eigenkapital ist aber eine wichtige Voraussetzung für Bürgschaften oder KfW-Kredite.

Deshalb sind zunehmend sogar Unternehmen in ihrer Substanz bedroht, die in ihrem Segment Technologie- und/oder Marktführer sind.

Dies trifft besonders die Automobilzulieferindustrie, Teile des Maschinenbaus, z.B. Werkzeugmaschinen, sowie die Nutzfahrzeugindustrie mit ihrer gesamten Wertschöpfungskette.

Die IG Metall hat in ihrem Aktionsprogramm „Aktiv aus der Krise“ deshalb einen Fonds für öffentliches Beteiligungskapital vorgeschlagen.

Die Idee ist: die öffentliche Hand beteiligt sich an Firmen mit nachhaltigen Zukunftskonzepten und guten Produkten.

Damit der Wirtschaftsstandort Deutschland auch nach der Krise noch die hohe Innovationsfähigkeit hat wie vor der Krise.

Wir können unsere Zukunft nicht dem Markt überlassen. Hier muss die Politik Verantwortung übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aber eines sollten wir auch nicht vergessen:

Es sind die schwachen Unternehmen, die als erste in die Liquiditätskrise geraten.

Es ist richtig, dass der Staat mittelständischen Unternehmen mit Milliarden hilft und wir hier zusätzliche Programme brauchen.

Als Steuerzahler akzeptiere ich, hier mit im Risiko zu sein. Ich akzeptieren nicht, dass mit meinen Steuergeldern

- Firmen subventioniert werden, in denen jahrelang viel unterlassen und wenig unternommen wurde;
- Firmen, die von ihren Eigentümern – egal ob Heuschrecken oder nicht – als Selbstbedienungsläden betrachtet wurden oder
- Firmen, die glauben, mit den Produkten von vorgestern noch heute Geschäfte machen zu können.

Im Übrigen: Das gilt nicht nur für Steuermittel. Das gilt genauso für die Entgelte der Arbeitnehmer.

Der Verzicht auf Weihnachtsgeld aufgrund eines Sanierungstarifvertrages mag dabei helfen, eine Liquiditätslücke zu schließen. Er hilft alleine aber nicht, hausgemachte Probleme zu beseitigen.

Meine Meinung ist: wir können Firmen, die im Kern gesund sind, die aber durch die Schnelligkeit und Tiefe dieser Rezession überfordert sind, nicht untergehen lassen.

Egal ob groß oder klein. Wir helfen dabei, indem wir in befristeten Sanierungstarifverträgen Entgeltverzicht und damit Kosten- und Liquiditätssparnisse vereinbaren.

Aber : Wenn – verschuldet oder unverschuldet – das Geld Dritter gebraucht wird, ergeben sich für diese Dritten Mitspracherechte.

Das gilt für Steuergelder, aber auch für uns.

Wir werden in Zukunft deutlicher als bisher Sanierungsbeiträge von einer klaren Perspektive abhängig machen. Und wir werden härtnäckiger als bisher weitergehende Mitbestimmungsmöglichkeiten einfordern.

„There is no free lunch“, sagte der Geldtheoretiker Milton Friedman. Wenn einer Geld von uns haben will, wird er in Zukunft stärker damit rechnen müssen, dass wir mitreden wollen, was mit unserem Geld passiert.

Danke schön.